

Europäische Union und Vereinigtes Königreich einigen sich.

Die Europäische Union und das Vereinigte Königreich haben sich heute auf ein Abkommen über ihre künftigen Beziehungen ab dem 1. Januar 2021 verständigt.

Bis zuletzt gab es drei große strittige Fragen zu klären. Schlussendlich konnten für beide Seiten Kompromisse bei den fairen Wettbewerbsbedingungen, dem rechtlichen Rahmen und bei der Fischereipolitik erzielt werden.

Bis zum Ende dieses Jahres müssen beide Seiten darüber hinaus das Austrittsabkommen, inklusive seiner Protokolle, vollständig umsetzen. Auf die Details hatten sie sich am 8. Dezember einvernehmlich geeinigt. Das Europäische Parlament wird über die endgültige Zustimmung zum ausgehandelten Abkommen im neuen Jahr entscheiden.

Anmerkungen des Vorsitzenden der UK Coordination Group im Europäischen Parlament, David McAllister:

„Das Vereinigte Königreich ist und bleibt ein ganz wichtiger Partner für die Europäische Union. Nach langen und komplizierten Verhandlungen konnten vertretbare Kompromisse im Interesse beider Seiten gefunden werden. Damit stellen wir unsere künftige Partnerschaft auf eine solide und rechtlich abgesicherte Grundlage.“

Nach dem Referendum über die Mitgliedschaft zur Europäischen Union in 2016 war das Vereinigte Königreich am 31. Januar 2020 auf Basis eines Austrittsabkommens offiziell aus der Staatengemeinschaft ausgetreten. Bis zum 31. Dezember gilt noch wenige Tage die Übergangsperiode, in der das ehemalige EU-Mitglied dem Binnenmarkt und der Zollunion angehört. Die im März begonnenen und nun zum Abschluss gekommenen Verhandlungen regeln das zukünftige Verhältnis.

„Von Anfang an wollten wir als EU eine ambitionierte, umfassende und vertiefte Partnerschaft abschließen, in deren Zentrum ein auf gleichen Wettbewerbsbedingungen beruhendes Handelsabkommen ohne Zölle und mengenmäßige Beschränkungen steht“.

„Das Europäische Parlament hat sich über die gesamten Verhandlungen hinweg äußerst flexibel gezeigt, um einem Abkommen vor dem Ende der Übergangszeit den Weg zu ebnen. Wir werden alle nötigen Schritte tun, um einen unregelmäßigen Übergang zu vermeiden und negative Folgen so gering wie möglich zu halten“.